

Hausarbeit

Abschied von der „one nation“ - Soziale und politische Segmentierung in der britischen Gesellschaft im Thatcherismus

Einleitung

In dieser Abhandlung sollen *zunächst* Zielsetzungen und Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Thatcher von 1979 bis 1990 in groben Zügen dargestellt werden. Dabei wird auch untersucht, inwieweit die ursprünglich propagierten Ziele erreicht wurden, wo diese verfehlt wurden, und in welchen Fällen der „Thatcherismus“ Folgen aufwies, die zwar nicht offenes und/oder bewußtes Ziel waren, aber durchaus billigend bzw. wohlwollend in Kauf genommen wurden.

Besondere Beachtung soll im *zweiten Teil* der Untersuchung tendenziell die britische Gesellschaft spaltender Politikergebnisse des Thatcherismus zukommen. Dabei werden sowohl neue Spaltungslinien aufgezeigt als auch die Entwicklung schon vor Thatcher Großbritannien prägender Gegensätze beobachtet.

Im *dritten Teil* werden sowohl erklärte als auch sich in den realen Politikergebnissen ausdrückende gesellschaftspolitische Vorstellungen des Thatcherismus verglichen mit den ideologischen Traditionen der Tories; das Strategem der „one nation“, wie es Benjamin Disraeli im 19. Jahrhundert formuliert hat, dient hier als Vergleichs- und Interpretationsmaßstab. Besonderes Augenmerk wird auch auf Anhaltspunkte für einen möglichen, sich spätestens seit Amtsantritt des neuen Parteivorsitzenden Tony Blair immer stärker andeutenden Übergang des *one nation*-Leitbildes auf dessen „neue“ Labour Party gelegt.

Ein *Resümee* faßt die Ergebnisse zusammen und wirft abschließend - im Hinblick auf die spätestens 1997 anstehenden Unterhauswahlen - ein Schlaglicht auf die Parteienkonstellation in der Nach-Thatcher-Ära zu Mitte der neunziger Jahre.

I. Die Politik des Thatcherismus -

Ziele, Maßnahmen, Resultate in zentralen Politikfeldern

I.1. Geld- und Finanzpolitik

In der Wirtschaftspolitik hat die Regierung Thatcher eine grundlegende theoretische Umorientierung im Bezug auf die direkten Ziele staatlicher Wirtschaftssteuerung vorgenommen. So benannte Schatzkanzler Nigel Lawson im Juni 1984 die wirtschaftspolitischen Einflußmöglichkeiten der Regierung:

„It is the conquest of inflation, and not the pursuit of growth and employment, which is or should be the objective of macro-economic policy. And it is the creation of conditions conducive to growth and employment, and not the suppression of price rises, which is or should be the objective of micro-economic policy.“¹

In dieser Aussage kommt klar zum Ausdruck, daß die Regierung Thatcher die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außerhalb ihres direkten Einflußbereiches („macro-economic policy“) und damit ihrer Verantwortung sah. Hingegen sei es der Regierung möglich, über ihre Geldpolitik die Inflation zu kontrollieren. Diesbezüglich ist festzuhalten, daß Margaret Thatcher dies - entgegen oft verbreiteten Einschätzungen - *nicht* als staatlichen Rückzug aus der Wirtschaft verstand, sondern als Wechsel der Instrumente des wieder (!) „starken Staates“.

Die aus dem Monetarismus abgeleitete Verknappung der Geldmenge, die die Regierung Thatcher auf diese Weise zum zentralen Hebel ihrer Wirtschaftspolitik erklärte, sollte nach Amtsantritt 1979 zunächst auf zwei Wegen erreicht werden. Zum einen sollten im Rahmen einer mittelfristigen Finanzplanung („Medium Term Financial Strategy“) Geldmengenziele (anfangs M3) bekanntgegeben werden; zum anderen sollte durch eine restriktive Haushaltsführung der Staatsanteil am BSP stetig gesenkt werden. Damit wurde faktisch der bereits 1976 vom Labour-Schatzkanzler Healey eingeschlagene Sparkurs fortgesetzt, nun jedoch nicht mehr als notwendiges Übel, sondern vielmehr demonstrativ als bewußte Strategie betrachtet². Auch die Bekanntgabe von Geldmengenzielen war eine Praxis, die bereits die Labour-Regierung eingeführt hatte³.

Die Geldmengenkorridore wurden fast durchgehend von der tatsächlichen Entwicklung übertroffen, also verfehlt. Lediglich 1982/83 und 1983/84 lag das tatsächliche Wachstum von M3 im angekündigten Zielbereich⁴. Daß trotzdem eine deutliche Rückführung der Inflation erreicht wurde, ist wahrscheinlich auf die drastische Verlangsamung des Geldumlaufes zuzuführen. Von 1980 bis 1987 halbierte sich die Umlaufgeschwindigkeit um fast die Hälfte.⁵ Die angestrebte restriktive Entwicklung der Staatsausgaben wurde vom Kabinett nur bis zum Haushaltsjahr 1981/82 durchgehalten, danach erfolgte wieder eine Expansion: im Zeitraum bis 1985 war sogar ein Wachstum der Ausgaben auch in den Bereichen festzustellen, in denen ursprünglich eine Reduzierung angestrebt worden war (Landwirtschaft, Erziehung, Beschäftigungspolitik); *starkes* Wachstum, wo lediglich Wachstum vorgesehen war (Verteidigung, Innere Sicherheit, Soziale Sicherung). Dennoch gelang es, den Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von 44% (1979/80) auf 39,5% (1990) zu senken⁶.

¹ Peter Riddell, *The Thatcher Decade. How Britain has changed during the 1980s*, Oxford 1989, S. 14

² Heidrun Abromeit, *Entwicklungslinien im Verhältnis von Staat und Wirtschaft*, in: Kastendiek/Rohe/Volle (Hrsg.): *Länderbericht Großbritannien*, Bonn 1994, S. 304

³ Riddell (Anm. 1), S. 16

⁴ ebd., S. 30

⁵ Andreas Busch, *Neokonservative Wirtschaftspolitik in Großbritannien*, Frankfurt am Main u.a. 1989, S. 71

⁶ Wolfgang-Ulrich Prigge, *Wirtschafts- und Sozialpolitik während der Regierung Thatcher*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 28/91, S.29

Dies ist jedoch zum einen auf Erlöse aus der Privatisierung von Staatsbetrieben (etwa 23 Mrd. £) und -aufgaben, zum anderen auf die aufgrund hoher Preise stark gestiegenen Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasverkäufen zurückzuführen; eine strukturelle Sanierung blieb aus.

I.2. Privatisierung von Staatsunternehmen und Sozialwohnungen

Umfangreiche Privatisierungen hatten im Konservativen Wahlmanifest von 1979 noch keineswegs den zentralen Stellenwert innegehabt, den sie später im Regierungshandeln, insbesondere in Thatchers zweiter Amtszeit gewinnen sollten⁷:

„...even the most radical private thinking of the Conservatives in opposition - let alone their cautious public commitments - had not envisaged the sale of the major monopoly utilities, as happened in the second half of the 1980s.“⁸

Peter Riddell

Die Regierung Thatcher verkaufte unter anderem die Staatsanteile von BP, die Mehrheit von British Aerospace, Sealink, British Gas, Jaguar, Telecom und der British Steel Corporation. In der Summe wurden bis 1990 fünfzig Großunternehmen, was etwa zwei Dritteln des vormals staatlichen Kapitaleigentums entspricht, privatisiert. Neben der Stärkung des Wettbewerbscharakters der Wirtschaft bezweckte die Privatisierung von Staatsunternehmen nach Darstellung der Konservativen vor allem auch eine breitere Streuung des Aktienbesitzes, worin gesellschaftliches Eigentum („public ownership“) erst wahrhaft verwirklicht sei; in letzter Konsequenz werde so ein Beitrag dazu geleistet, den Konflikt von Arbeit und Kapital zu überbrücken.

Es gelang, den Aktienbesitz in der Bevölkerung von 7% (1979) auf 20% (1988) zu steigern. Als zweifelhaft gilt jedoch, ob dieses Ergebnis von Dauer sein wird oder ob nicht der Aktienkauf weniger zu der erhofften größeren Verbundenheit und Identifikation der Kleinaktionäre mit „ihren“ Unternehmen führte als vielmehr kurzfristigen Gewinnhoffnungen entsprang. So stieg der Kurs der British Telecom (BT)-Aktie bereits am ersten Handelstag nach der erfolgten Privatisierung um 86% von 50 auf 93 Pence⁹. Derart außergewöhnliche Wertsteigerungen veranlaßten zahlreiche der „neuen“ Aktionäre zu einer baldigen Realisierung der Gewinne, sprich: Abstoßen ihrer Anteile, was der dauerhaften Etablierung der angestrebten „share-holder democracy“¹⁰ klar entgegenwirkte: Die Zahl der BT-Aktienbesitzer sank im Zeitraum von 1984 bis 1989 von 2,3 auf 1,3 Millionen; die British Gas-Anteile waren 1984 noch unter 2,7 Millionen, 1989 hingegen nur noch unter 1,7 Millionen Aktionären verstreut¹¹.

⁷ David Marsh, Explaining ‚Thatcherite‘ Policies: Beyond Uni-dimensional Explanation, in: Political Studies (1995), XLIII, S. 599f.

⁸ Riddell (Anm. 1), S. 10

⁹ Wolfgang Rüdig, Die (gescheiterte) Privatisierung der Kernenergie: Krise des Thatcherismus?, in: Roland Sturm (Hrsg.), Thatcherismus - Eine Bilanz nach zehn Jahren, Bochum 1990, S.160

¹⁰ Hans Setzer, Thatcherismus und die neuere Entwicklung Großbritanniens, in: Sturm (Anm. 9), S. 343

¹¹ Rüdig (Anm. 9), S. 178

Der hohe Stellenwert, den die Privatisierungen erst im Laufe der Zeit gewannen, wird auf die äußerst positive Resonanz der in der ersten Amtszeit erfolgten Verkäufe staatlicher Sozialwohnungen zurückgeführt¹². Nachdem sich diese 1983 geradezu als Wahlkampfschlager erwiesen hatten, fand Thatcher sozusagen „Geschmack“ und Mut, die Privatisierungen nun entschlossen auf die zahlreichen Staatsunternehmen auszudehnen.

Die angekündigte Belebung des Wettbewerbs - ein zentraler Topos der neoliberalen Wirtschaftstheorie - in den ehemaligen staatlichen Monopolspektoren ist lange ausgeblieben. BT und British Gas wurden zwar private, blieben aber lange Zeit weiterhin faktisch Monopolunternehmen. Als Gegengewicht wurde daraufhin vielfach sogar eine Ausweitung des Behördenapparates vorgenommen, um einen Mißbrauch der entstehenden Marktmacht zu zügeln bzw. einen Mindesteinfluß der Regierung zu erhalten¹³. Ob, wie angestrebt, eine Reduzierung bürokratischer Unbeweglichkeit erfolgte, ist daher äußerst fragwürdig. Weitaus angemessener erscheint es wohl, von einer „Verschiebung von Bürokratisierung“¹⁴ zu sprechen.

Die Privatisierungen in den achtziger Jahren zeigen somit zwiespältige Ergebnisse. So sind inzwischen zwar fast alle ehemals staatlichen Unternehmen verkauft worden. Gleichzeitig wurden jedoch immer mehr neue Behörden geschaffen, um die zwar nicht mehr staatlich gelenkten, aber über Jahre hinweg weiterhin Monopolstellungen genießenden Unternehmen zu beaufsichtigen.

Die Regierung zog gleich mehrfach Nutzen aus den Privatisierungen: Zum einen konnte mittels der Verkaufserlöse der britische Etat konsolidiert werden; zum anderen blieb der Einfluß der Regierung auf die Unternehmen in gewissem Ausmaß erhalten, da ihr die Besetzung der Kontrollbehörden obliegt; allerdings ist damit die Kontrolle der privatisierten Unternehmen weitgehend aus dem direkten Einflußbereich des Parlaments entfernt worden.

Der kommunale Wohnungsneubau wurde bis 1987 gezielt um 66% reduziert. Im Gegenzug wurde (durchaus finanz-)intensiv der Eigenheimbau und die Umwandlung kommunaler Sozialwohnungen in Privateigentum gefördert, so u.a. durch die Rechtsgarantie für Mieter zum Erwerb („right to buy“ im *Housing Act* von 1980), Preisnachlässe bis zu 33% und die Erleichterung der Darlehensaufnahme bis hin zur vollständigen Darlehensgewährung durch den Staat. Auch von den Wohnungsprivatisierungen versprach sich die Konservative Regierung eine Steigerung der Eigenverantwortlichkeit der zu Eigentümern gewordenen Mieter (hier: für die Instandhaltung ihrer Wohnung).

Numerisch waren die getroffenen Maßnahmen erfolgreich: Bis 1987 wurde eine von sieben Millionen kommunalen Wohnungen in Privatbesitz umgewandelt¹⁵; die Verkaufszahlen sind

¹² Marsh (Anm. 7), S. 600ff.

¹³ Wolfgang Rüdig, Weniger Regierung, aber mehr Staat?, in: Großbritannien, Stuttgart - Berlin - Köln 1992, S.93

¹⁴ Roland Popp Die Wohnungspolitik der Ära Thatcher Strategie, Konzept und Auswirkungen der Privatisierung des britischen Wohnungswesens, in: Sturm (Anm. 9), S. 224

¹⁵ Roland Sturm, Die Unitarisierung der Kommunen. Zu Margaret Thatchers kommunalen Reformen,

seit ihrem Höhepunkt 1983/84 allerdings rückläufig. Vermehrt sind danach Fälle von Überschuldung der neuen Wohnungseigentümer durch Arbeitslosigkeit oder familiäre Probleme aufgetreten; nicht zuletzt dürfte dies auch auf die langjährige Hochzinspolitik zurückzuführen sein. Ein Großteil der ehemals staatlichen Wohnungen befindet sich heute im Besitz von Bausparkassen und Banken¹⁶.

Ferner wurde unter Margaret Thatcher die Mietzinsanhebung auch durch Modernisierung der Wohnungen legitimiert.

Im Gegenzug wurde der kommunale Sozialwohnungsneubau seit dem Regierungsantritt Margaret Thatchers von 114000 Wohneinheiten im Jahre 1979 auf schließlich nur noch 33000 Wohneinheiten (1987) reduziert; die dafür aufgewandten Mittel sanken parallel von 4,85 Milliarden auf 1,67 Milliarden £¹⁷. Allein bis 1984 stiegen die Mieten für Sozialwohnungen um 128%¹⁸.

Die durch die nachlassende kommunale Bautätigkeit entstandenen Wohnversorgungslücken und die geringe Chance von Alleinstehenden ohne Kinder auf Zuweisung einer Sozialwohnung haben zu einer deutlichen Zunahme der Obdachlosigkeit in Großbritannien geführt.

I.3. Steuerpolitik

In der Steuerpolitik wurden die aus neoliberaler Sicht als leistungsfeindlich erachteten progressiven Elemente in großem Umfang abgeschafft bzw. erheblich reduziert. Im Gegenzug wurden indirekte Steuern aufgewertet. Schon 1979/80 nahm die Konservative Regierung eine radikale Abflachung der Steuerprogression vor, senkte Einkommens- und Körperschaftssteuern und führte zusätzliche Steuerfreibeträge ein. Der Spitzensteuersatz sank von 83% auf 60% (1979) und schließlich 40% (1988), der Eingangssteuersatz jedoch nur von 33% über 30% auf 25%¹⁹. Der Spitzensteuersatz auf arbeitslose Einkommen („unearned incomes“) wurde von 98% auf 75% gesenkt²⁰. Im Gegenzug erfolgten Erhöhungen der Mehrwert- und Verbrauchssteuern. Die früheren zwei Mehrwertsteuersätze von 8 bzw. 12,5% wurden 1979 einheitlich auf 15% angehoben²¹.

Die sich ergebenden Mindereinnahmen deckten die Konservativen zu einem großen Teil aus den Erlösen der Privatisierungen (siehe I.2.).

Darüber hinaus haben die Konservativen, bis in die siebziger Jahre hinein traditionell die „Partei der Dezentralisierung“²², unter Thatcher durch Gemeindesteuerreformen auch tief in

in: Sturm (Anm. 9), S. 247

¹⁶ Abromeit (Anm. 2), S. 306

¹⁷ Popp (Anm. 14), S. 227

¹⁸ Heidrun Abromeit, Staatsentwicklung in der Thatcher-Ära: Weniger Staat - mehr Staat?, in: Sturm (Anm. 9), S. 315

¹⁹ Prigge (Anm. 6), S. 31; diese Zahlen bestätigen Busch (Anm. 5), 1989, S. 76 und Robert Blake, The Conservative Party. From Peel To Thatcher, London 1985, S. 339; abweichend davon spricht Riddell (Anm. 1, S. 152) von einem früheren Spitzensteuersatz (bis 1979) von 75%

²⁰ Blake (Anm. 19), S. 339

²¹ Busch (Anm. 5), S. 76

²² Christopher Harvie, Regionalismus und „local government“, in: Großbritannien (Anm. 13), S. 132

die kommunale Selbstverwaltung („local government“) eingegriffen. Die Intention war, Maximen wie sparsame Konsumausgaben, steuerliche Entlastung von „Leistungsträgern“ und Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen sowie nicht zuletzt den thatcheristischen Anspruch des „strong government“ auch in den Kommunen durchzusetzen - was besonders gegenüber den widerspenstigen Labour-regierten Ballungsgebieten nur heißen konnte: den Kommunen aufzuzwingen.

Dabei wurden nicht nur absolute Kürzungen, sondern auch eine Umstrukturierung der kommunalen Steuerrechte vorgenommen. War eine kommunale Ausgabenpolitik im Sinne des Thatcherismus das eine Ziel, so haben sich die Konservativen zum anderen schließlich bemüht, parallel zur gesamtstaatlichen Ebene auch in den Kommunen praktisch progressiv wirkende Steuern zu reduzieren.

Im ersten Schritt wurden 1980 die „block grants“, die staatlichen Zuschüsse zur Deckung der Finanzlücken zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben, einer strengeren Kontrolle unterzogen. Der *Secretary of State for the Environment* berechnete die angemessene Zuschußsumme nun danach, welchen Gesamtfinanzbedarf er der jeweiligen Kommune in Abhängigkeit von den ihnen zugestandenen Aufgaben zubilligte. Damit war es erstmals möglich, die (nach Regierungsmaßstäben) zu ausgabenfreudigen Kommunalverwaltungen zu lokalisieren.

Als die betroffenen Kommunen die Reduzierung der *block grants* mit einer Erhöhung kommunaler Steuern („rates“) und Ergänzungszahlungen („supplementary rates“) zu kompensieren versuchten, griff die Zentralregierung auch in deren Erhebung ein und erklärte die *supplementary rates* 1982 für unzulässig. 1984 ermächtigte sich die Regierung dann, nicht mehr nur die angemessene Höhe der *grants*, sondern nun auch der kommunalen *rates* zu kontrollieren. Wurden diese als zu hoch erachtet, so verpflichtete man die jeweilige Kommune zum „rate-capping“.

Höhepunkt der Gemeindesteuerreformen sollte Ende der achtziger Jahre die grundsätzliche Umstellung auf die „community charge“ sein. Hatte bis dahin der Immobilienbesitz der Bürger (domestic rates) und der Unternehmen (non-domestic) die kommunale Besteuerungsgrundlage gebildet, so sollte nun von jedem Bürger ein *einheitlicher* Steuerbetrag, den die Kommune festzulegen hatte, eingezogen werden; die Unternehmen sollten mit einer national einheitlichen „uniform business rate“ besteuert werden.

Die individuelle städtische Besteuerung sollte für alle, d.h. hier: insbesondere auch für einkommensschwache Einwohner spürbar werden. Thatchers Idealbild war ein streng rational entscheidender Bürger, der die Wahl sowohl von Politikern als auch des Wohnorts nicht zuletzt auch von der jeweiligen kommunalen Steuerbelastung abhängig machte. Konkret bezweckten die Gemeindesteuerreformen somit nicht zuletzt wohl auch die Abwahl an

keynesianischem „tax-and-spend“ orientierter Kommunalparlamentarier sowie die Meidung von Kommunen mit hohen Steuersätzen.²³

I.4. Sozial- und Gesundheitspolitik

Generell war in der Sozialpolitik beabsichtigt, dem klassischen wohlfahrtsstaatlichen Verständnis sozialer Leistungen als Rechtsanspruch entgegenzutreten und den Leistungsempfang stärker vom Nachweis der individuellen persönlichen Bedürftigkeit abhängig zu machen²⁴ („means-tested benefits“). Die Leistungen des Wohlfahrtsstaates sollten gesenkt und bedarfsabhängig gestaffelt werden.

So wurden einkommensbezogene Zuschläge zum Krankengeld und zum Arbeitslosengeld abgeschafft, einkommensunabhängige Leistungen nominal, also ohne Inflationsausgleich eingefroren. Die strengere Überprüfung der individuellen Bedürftigkeit führte auch hier zu einem Ausweiten staatlicher Kontrolle, konkret also der Sozialbürokratie und der Zahl von Sozialarbeitern.

Im *Social Security Act* nahm das Kabinett Thatcher 1986 eine Verbesserung der Bedingungen für betriebliche und private zusätzliche Altersversorgung vor.

Das britische Gesundheitssystem, der *National Health Service* (NHS) ist im Gegensatz zum deutschen nicht als Versicherungssystem konzipiert, sondern steuerfinanziert. Der Umbau unter den Konservativen verfolgte das Ziel einer „mixed economy of welfare“. In diesem Zusammenhang gewinnt die Formel der *mixed economy* jedoch einen völlig anderen Akzent als im Nachkriegskonsens, in dem sie für die breite Akzeptanz staatlicher Wirtschaftsaktivitäten in einer grundsätzlich privat organisierten Wirtschaft stand. Die Thatcheristen hingegen verstanden darunter eine erst noch *anzustrebende* Gleichstellung (was bei Amtsantritt Thatchers nichts anderes heißen konnte als: Aufwertung) privater Anbieter im bis dahin praktisch ausschließlich staatlichen Gesundheitswesen.

Die Anhebung der Patientenselbstbeteiligung von zwei auf drei Prozent (1988) fiel dabei insgesamt eher wenig ins Gewicht²⁵. Auch das von der Regierung Thatcher geförderte *outsourcing* gering qualifizierter Dienstleistungen des NHS, falls private Anbieter sich als günstiger erwiesen („competitive tendering“), erfolgte nur im Umfang von 20% dieser Tätigkeiten. Eine weitere Auslagerung wurde vor allem dadurch abgewendet, daß der NHS selbst seine eigenen Preise noch unter das Niveau der Privaten drückte („in-house-tendering“). Auch wenn die Konservativen die Etablierung privater Träger im Gesundheitswesen gezielt förderten, gelang es dennoch nicht, die Gründung privater Krankenhäuser gegenüber der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu beschleunigen. War die Zahl privater Krankenhäuser bereits von 1975 bis 1980 von 105 auf 153 gestiegen, so nahm sie bis 1985 in ähnlichem

²³ Roland Sturm, Worum geht es beim Streitpunkt „poll tax“?, in: Großbritannien (Anm. 13), S. 135 - 140

²⁴ Prigge (Anm. 6), S. 33

²⁵ Marian Döhler, Der National Health Service in der Ära Thatcher, in: Sturm (Anm. 9), S. 211

Maße auf 204 zu. In den gleichen Zeiträumen weitete sich der Anteil der privat Krankenversicherten von zunächst 4,1% auf 6,4% und schließlich 8% (1985) aus²⁶.

II. Entwicklung alter und neuer Konflikt- und Gegensatzlinien in der britischen Gesellschaft in der Ära des Thatcherismus

Die Tendenzen zur Festigung alter und Bildung neuer Segmentierungen Großbritanniens werden im folgenden in mehreren Gegensatz-Dimensionen kurz skizziert. Aus diesen ist jedoch nicht undifferenziert eine Einteilung der britischen Gesellschaft in zwei gleich große „Lager“ ohne jede personale Überschneidung abzuleiten. Vielmehr ist in mehreren Kategorien die „Verlierer“-Seite der Dimension numerisch sogar die Minderheit; auch finden sich „Verlierer“ der einen Dimension gleichzeitig auf der „Gewinner“-Seite einer anderen Spaltungslinie.

Dies mildert jedoch die verschärften gesellschaftlichen Ungleichheiten im Großbritannien der Margaret Thatcher keineswegs ab, da im gleichen Maße natürlich auch die gleichzeitige Zugehörigkeit zu mehreren „Verlierer“-Gruppen die soziale Deklassierung kumulativ verschärfen kann.

II.1. Arm vs Reich

Profitiert vom langanhaltenden Wirtschaftswachstum der achtziger Jahre hat vornehmlich das (am Einkommen gemessen) obere Fünftel der Bevölkerung, die unteren 40% der Einkommensleiter haben einen deutlich rückläufigen Anteil am Volkseinkommen (nach direkten Steuern) hinnehmen müssen²⁷.

Insbesondere die Konservative Steuerpolitik hat die Einkommensschere der britischen Bevölkerung in den achtziger Jahren deutlich weiter auseinanderklaffen lassen. Grob läßt sich die Einkommensentwicklung während der Ära Thatcher auf die Formel bringen: Je höher das Einkommensniveau, desto höher (nicht nur der absolute, sondern vor allem auch:) der *prozentuale* Einkommenszuwachs. So wuchsen die Einkommen derer (Einzelpersonen), die 1979 das Fünffache des Durchschnittseinkommens bezogen, bis 1989 um real 68,8%; Bezieher von nur zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens verzeichneten hingegen einen Zuwachs von lediglich 28,3%.

War das Realeinkommen je Arbeitnehmer von 1970 bis 1978 noch um durchschnittlich 2,9% im Jahr gewachsen, sank der jährliche Zuwachs in der Ära Thatcher auf 2,1%. Angesichts der Tatsache, daß in den siebziger Jahren die durchschnittliche Arbeitslosenrate noch 3,76% betragen hatte, unter Thatcher jedoch auf 9,43% emporschnellte²⁸, liegt die Vermutung nahe,

²⁶ ebd., S. 205/209

²⁷ Wolf Gaebe, Großbritannien. Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick, in: Großbritannien (Anm.13), S. 21

²⁸ eigene Berechnungen

daß nicht nur eine Umverteilung von den unteren Einkommensgruppen zu den oberen stattgefunden hat, sondern sich auch ein massives Absinken der Lohnquote vollzogen hat.

Diese Entwicklungen sind nicht zuletzt auch auf die Reform der Steuersätze zurückzuführen: So sank der durchschnittliche Steuersatz (Einkommenssteuer und *national insurance*) für Bezieher des fünffachen Durchschnittseinkommens im Zeitraum von 1979 bis 1989 von 52,2% auf 36,1%; Bezieher von zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens erfuhren eine vergleichsweise eher unbedeutende Senkung von 27,5% auf 26,3%. Die Bezieher des halben Durchschnittseinkommens schließlich wurden sogar (allerdings nur prozentual) geringfügig stärker zur Kasse gebeten: 23,8% statt früher 23,6% des Einkommens gingen nun an den Staat.

Absolut betrug danach die Steuererleichterung für die letztgenannten 6,22 £ pro Woche, für Durchschnittseinkommen 16 £; Fünffach-Durchschnittseinkommen wurden auf diesem Wege um 270 £ in der Woche entlastet. In der Summe sank das Einkommenssteueraufkommen des bestverdienenden Zehntels der Bevölkerung um 9,3 Milliarden £, das geringstverdienende Zehntel wurde um gerade 0,4 Milliarden entlastet²⁹.

Der tendenziell hohe Einkommen begünstigende Anstieg indirekter Steuern ist dabei noch nicht berücksichtigt. Schätzungen, die diese Besteuerung mit einbeziehen, kommen zu dem Ergebnis, daß der Durchschnittsverdiener 1989 mit 45,7% seines Einkommens gegenüber 1979 mit 45,5% sogar eine geringfügig erhöhte Steuerlast zu tragen hatte³⁰.

Bestehende Einkommensunterschiede zwischen den Einkommensgruppen haben sich also insgesamt deutlich und überproportional (prozentual) vergrößert.

Seit Amtsantritt Margaret Thatchers 1979 hat die Arbeitslosigkeit ununterbrochen oberhalb des früheren Rekordstandes von 5,7% (1977/78) gelegen. Ihren Spitzenwert erreichte die Arbeitslosenquote 1986 mit 13,1%. Danach war bis 1990 (6,4%)³¹ wieder ein deutliches Absinken festzustellen, das jedoch nicht mehr zu einer Unterschreitung der „Vor-Thatcher“-Rekorde ausreichte (und sich nach Thatchers Rücktritt auch nicht mehr fortgesetzt hat). Hierbei ist ferner zu beachten, daß die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit durch die Regierung Thatcher verändert worden ist; früheren Kriterien zufolge hätte die Quote 1986 sogar 15,3% betragen³²; nach Gewerkschaftsberechnungen betrug die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen 1987 nicht, wie offiziell angegeben, etwas über drei, sondern deutlich über vier Millionen³³.

²⁹ Angaben bezogen auf Einzelpersonen; Riddell (Anm. 1), S. 153ff.

³⁰ Riddell (Anm. 1), S. 152

³¹ Kastendiek u.a. (Anm. 2), S. 541

³² Prigge (Anm. 6), S. 30

³³ Thomas Noetzel, Die Revolution der Konservativen, Hamburg 1987, S. 165

Summa summarum schnellte in den Jahren 1979 bis 1985 die Zahl der Briten, deren Einkommen bei bzw. unter der offiziellen Armutsgrenze lag, um 55% auf 9,4 Millionen oder 17% der Gesamtbevölkerung hoch³⁴.

II.2. Nord vs Süd

Der sozial-ökonomische strukturelle Gegensatz zwischen England einerseits und, wenn auch wiederum noch mit deutlichen Differenzen untereinander, Wales, Schottland und Nordirland andererseits, ist keinesfalls ein neues Phänomen der Ära Thatcher. Diese Gegensätze sind seit je her prägend für die soziale Lage und Geschichte des Vereinigten Königreiches. Bemerkenswert ist jedoch, daß in den achtziger Jahren auch diese Unterschiede sich nicht mehr nur absolut fortgesetzt, sondern auch *relativ* zugenommen haben.

Eine deutliche Spaltung ist traditionell hinsichtlich des quantitativen Beschäftigungsniveaus zwischen den einzelnen Landesteilen festzustellen; so betrug die Arbeitslosenrate im Südosten 1986 „nur“ 8%, im Nordwesten jedoch schon 14%. Sind auch die sozialökonomischen Nord-Süd-Differenzen ein Phänomen, das Großbritannien schon vor Amtsübernahme Margaret Thatchers geprägt hat, so ist während der achtziger Jahre jedoch eine nochmalige eklantante Verschärfung dieses Gegensatzes festzustellen.

So *stieg* die Beschäftigung im Süden von 1979 bis 1989 um 9,5%, während im Norden ein *Rückgang* um 5,4% zu verzeichnen war. Während die Beschäftigung in ganz Großbritannien von 1979 bis 1989 nur geringfügig um 2,1% zunahm³⁵, war die Entwicklung im Südosten Englands fast durchweg (teilweise zweistellig) positiver. Alle anderen Teile Englands, Schottland und Wales haben (zumindest bis 1987) deutliche *Einbußen* über den gesamtstaatlichen Durchschnitt hinaus hinnehmen müssen³⁶. Absolut ging die Zahl der abhängig Beschäftigten im Norden Englands, in Wales, Schottland und Nordirland von 1979 bis 1990 um 955000 zurück. Auch die gestiegene Zahl der Selbständigen (Zuwachs um 728000) konnte dies nicht kompensieren. Durchweg positiv hingegen die Entwicklung im Süden Englands: Hier nahm sowohl die Zahl der abhängig Beschäftigten um 461000 zu als auch die der Selbständigen um 888000³⁷.

Das Süd-Nord-Gefälle wurde unter Thatcher auch durch die geringe Mobilität in Nord-Süd-Richtung besonders der Beschäftigten schrumpfender Produktionszweige - besonders ist hier der Bereich *manufacturing* zu nennen - zementiert. Dies ist nicht zuletzt auch auf die sich stark auseinander entwickelnden Grundstücks-, Haus- und Wohnungspreise zurückzuführen. Diese liegen vor allem in der höheren Attraktivität und der daraus resultierenden Nachfrage nach Firmenstandorten in Südengland begründet. Greater London erreichte ein Hauspreis-

³⁴ Riddell (Anm. 1), S. 155f.

³⁵ Gaebe (Anm. 27), S. 16

³⁶ „Südosten“ faßt hier zusammen: East Anglia, South West, South East, East Midlands; Riddell (Anm. 1), S. 160

³⁷ Anne E. Green, Sozioökonomischer und sozialgeographischer Überblick, in: Kastendiek u.a. (Anm. 2), S. 102

niveau, das zweieinhalbmals so hoch lag wie im Norden, Nordwesten und Yorkshire&Humber-side. Der Rat Arbeitsminister Tebbits an die Arbeitslosen, sie sollten es seinem Vater nachtun und sich 1981 wie in den dreißiger Jahren wieder aufs Fahrrad schwingen, um nach Arbeit zu suchen, verfiel nicht³⁸.

Im Gegensatz zur geringen Mobilität älterer Erwerbspersonen der schrumpfenden Industrien verzeichnete der Norden Großbritanniens eine verstärkte Abwanderung junger und höher qualifizierter Arbeitskräfte in südlichere Landesteile.

Per Saldo ergibt sich so für den Norden und Nordwesten Englands sowie Schottland eine Bevölkerungsabnahme im Zeitraum von 1981 bis 1991 von 0,8%, 1,0% bzw. 1,4%. Die Bevölkerung der anderen Landesteile wuchs gleichzeitig, die Großbritanniens insgesamt um 2,5%³⁹.

Die *zunehmende* Auseinanderentwicklung der Landesteile hat sich in auch den Wahlen (*general elections*) der achtziger Jahre deutlich niedergeschlagen. Während die Konservative Partei im Süden und Osten Großbritanniens bei den Unterhauswahlen 1987 gegenüber 1983 noch einmal geringfügig um 1,2 Prozentpunkte (PP) zulegte, ging ihr Stimmanteil im Norden und Westen um 2,7 PP zurück. Entgegengesetzt verlief die Entwicklung für Labour, das im Süden und Osten gerade 1,6 PP zulegte, im Norden und Westen jedoch weitaus deutlicher um 6,5 PP wuchs. Übergreifend und längerfristig hat dieser Trend in den drei Wahlen der Ära Thatcher zu einer Abnahme der „marginals“⁴⁰ geführt; sowohl ihre Anzahl mit jeweils etwa 150 als auch ihr Anteil mit ungefähr 24% an allen Wahlkreisen liegt deutlich unterhalb des Niveaus der fünf vorhergegangenen Wahlen seit 1964. Kaiser⁴¹ sieht hierin eine starke Einschränkung der Kompetitivität der Unterhauswahlen in den achtziger Jahren, was die allgemein konstatierte Zunahme ihres Wettbewerbscharakters durch die Auflösung traditioneller Parteibindungen („dealignment“) zwar nicht außer Kraft setze, sie im Falle Großbritanniens jedoch überlagere. Auf die Frage, ob sich in der Ära Thatcher nicht sogar neue mittel- bis langfristige Parteibindungen („realignment“) gebildet haben, wird später (III.2.) noch kurz eingegangen.

Bei der Betrachtung und Gewichtung der weiter wachsenden Unterschiede zwischen den Landesteilen muß jedoch stets beachtet werden, daß sich die Bevölkerung keinesfalls gleichmäßig auf die vier Landesteile verteilt. Allein in South West, East Anglia und South East leben (1981) 42% der Briten. England beheimatet 48,1 der 57,6 Millionen britischen Staatsbürger.

II.3. Stadt vs Land

³⁸ Riddell (Anm. 1), S. 165

³⁹ Green (Anm. 37), S. 92

⁴⁰ „umstrittene Wahlkreise“: hier definiert durch einen Abstand des Siegers vom Zweitplatzierten von weniger als 10 PP

⁴¹ André Kaiser, Wahlen und Parteiensystem in der Ära Thatcher, in: APuZ B 28/91 (Anm. 6), S. 22

Sowohl im Süden als auch im Norden weist die Peripherie eine deutlich positivere wirtschaftliche Entwicklung auf als der jeweilige gesamte Landesteil: Der Beschäftigungszuwachs in den peripheren Distrikten des Südens übertraf den Durchschnitt (Süden) um 4,1 Prozentpunkte; im Norden konnten die peripheren Distrikte im Gegensatz zur ökonomisch weiterhin niedergehenden Gesamtregion einen *Zuwachs* von 2,1% erreichen. Die (überwiegend im Norden angesiedelten) Industriezentren weisen eine gegenläufige Entwicklung auf⁴².

Auch dieser Trend spiegelt sich in der Bevölkerungsentwicklung wider. Green spricht von einer fortgesetzten Stadtflucht in den achtziger Jahren, einem Trend, der allerdings schon die vergangenen fünfzig Jahre gekennzeichnet habe⁴³.

Aus dem Rahmen des ansonsten durchweg profitierenden Südens fällt London mit einem negativen Saldo⁴⁴. London ist offenbar mit in den allgemeinen Abwärtssog der britischen Großstädte und Ballungszentren geraten. Vielleicht spielt hier aber auch eine Rolle, daß das bis zu seiner Auflösung 1986⁴⁵ durch die Regierung Thatcher Labour-regierte *Greater London Council* den Konservativen stets ein „rebellisches“ Dorn im Auge war.

II.4. Kommunen - Zentrale

Im Gefolge der thatcheristischen Gemeindesteuerreformen sind die Kommunen heute zu einem eminent höheren Anteil von der Gewährung zentralstaatlicher Mittelzuweisungen abhängig. Konnten sich die englischen Kommunen bis zur schrittweisen Einführung der „poll tax“ (polemische Bezeichnung der *community charge* wegen der Erfassung der Steuerzahler durch das Wahlregister) ab 1989 in Schottland und 1990 in England noch zu durchschnittlich 56% über gemeindeeigene Einkünfte finanzieren (Wales: 35%, Schottland: 45%), so wurde dieser Anteil durch das *poll tax*-System mehr als halbiert. Auch Thatchers Nachfolger John Major hat durch das 1991 vom deklarierten *poll tax*-Gegner Michael Heseltine entworfene, jedoch erst für 1994 angekündigte modifizierte System der „council tax“ diesen Schlüssel nicht wesentlich geändert. Die *community charge* (exklusive Unternehmensbesteuerung) deckte gerade 11% der Gemeindeausgaben, die *council tax* weicht von diesem Wert nicht spürbar ab. Wenigstens drei Viertel der britischen Gemeindefinanzierung sind somit heute vom Gutdünken Westminsters abhängig⁴⁶.

Die britischen Kommunen sind auf diese Weise in eine auch finanziell existentielle Abhängigkeit von der Zentralregierung geraten. Die Definitionsmacht der Zentralregierung über den Finanzbedarf kann faktisch zu einer Prämierung oder Bestrafung der jeweiligen Kommunalpolitik eingesetzt werden.

⁴² Gaebe (Anm. 27), S.21

⁴³ Green (Anm. 37), S. 92

⁴⁴ Gaebe (Anm. 27), S. 23

⁴⁵ ebd., S. 24

⁴⁶ Sturm (Anm. 23), S. 137ff.

Im Vergleich mit dem früheren Rates-System erwies sich die *poll tax* auch als deutliche Steuerentlastung hoher Einkommen. So wurden zwar die untersten Einkommensschichten durch Rabatte vor einer steuerlichen Schlechterstellung bewahrt; ab wöchentlichen Familieneinkommen von 50 £ ist jedoch eine Mehrbelastung festzustellen, während Einkommen über 150 £ wieder eine zunehmende Ersparnis verzeichnen können⁴⁷. Zu beachten ist allerdings die je nach Kommune variierende Besteuerungshöhe.

Die infolge der *poll tax* vermehrt auftretende Steuerverweigerung - in Schottland ca. 10% - warf noch weitere Probleme auf. So wurde nicht nur mit einer beispiellosen, die Gerichte überlastenden Prozeßflut gerechnet; auch konnten, da Großbritannien keine Einwohnermeldeämter kennt, Steuerverweigerer (deren Finanzkraft durch die *poll tax* überfordert war) in der Regel nur über das Wahlregister identifiziert werden, was diese - aus Angst vor Entdeckung - in nicht unerheblichem Maße von der Wahlregistrierung und damit der Teilnahme an Wahlen abhalten dürfte⁴⁸. Auf die Spitze getrieben, könnte von einer faktischen partiellen Einführung einer Wahlzensur durch die *poll tax* gesprochen werden.

Neben der finanziellen Selbständigkeit hat die Regierung Thatcher den britischen Kommunen auch die Autonomie in zahlreichen politischen Gestaltungsfeldern und -kompetenzen wie dem Bildungs- und Erziehungswesen sowie dem Wohnungsbau radikal beschnitten.

So wurden Ende der achtziger Jahre die zuvor kommunalen technischen Hochschulen, die *Polytechnics* den Universitäten gleichgestellt, was mit einer Verlagerung der Zuständigkeit in die Hände der Zentralregierung einherging. Auch die in der Gemeindeverantwortung angesiedelten Schulcurricula wurden zunehmend durch das Erziehungsministerium beeinflusst. Gleichzeitig förderte die Regierung Thatcher in erheblichem Maße die Einrichtung von Privatschulen - so durch die industriegesponserten, dem Minister untergeordneten *City Technology Colleges* als Konkurrenz zu den lokalen weiterführenden Schulen sowie durch die Subventionierung der Privatschulgebühren. Die finanzielle Ermunterung von Schulleitern zu finanzieller Loslösung („opt out“) von den lokalen Schulbehörden durch Budgetierung sollte darüber hinaus auch in weiterhin formal staatlichen Schulen marktwirtschaftliches Management verankern.

Auch im kommunalen Bauwesen erfolgte ein massives Zurückstutzen der Gemeindekompetenzen. So wurden die kommunalen Sozialwohnungen nicht nur zu einem großen Anteil in Privatbesitz überführt (siehe I.2.); auch der finanzielle Erlös ging nicht an die Kommunen, sondern an den Staatshaushalt. Die Stadtentwicklung wurde zunehmend Westminster untergeordneten *urban development corporations* übertragen und so der Regie der Kommunen entzogen⁴⁹.

⁴⁷ Sturm (Anm. 15), S. 251

⁴⁸ Sturm (Anm. 23), S. 140

⁴⁹ Roland Sturm, Staatsordnung und politisches System, in: Kastendiek u.a. (Anm. 2), S. 191

Vieles spricht dafür, die Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung mit dem Wort Benjamin Disraelis zu kennzeichnen: „Ein roher Angriff auf alle lokalen Einflüsse, um eine streng organisierte Zentralisation durchzusetzen.“⁵⁰

⁵⁰ Benjamin Disraeli, *Sybil or The two nations* (1845), Harmondsworth 1981, S. 279

III. Abschied von der *one nation*?

III.1. Die Tradition des Tory-Paternalismus - Disraelis *one nation*

Über Jahrzehnte hinweg hat es in der britischen Konservativen Partei immer eine starke Tradition sozialpaternalistischen Denkens gegeben. Als theoretischer Bezugspunkt des Tory-Paternalismus‘ gilt vor allem das Strategem der *one nation*, das der Tory-Premier (1868, 1874 - 80) Benjamin Disraeli 1845 formuliert hat. In seinem Roman „Sybil or the two nations“ leitete er aus seiner Diagnose eines sozial gespaltenen Großbritanniens die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen konservativen Eliten und Arbeiterschaft ab⁵¹.

In seiner Kritik an der Regierungspolitik des Konservativen Dissidenten und Premierministers Sir Robert Peel beschreibt Disraeli sein Verständnis des „Toryism“; er betont dabei besonders die soziale Verpflichtung der Konservativen Partei:

[The Tory Party] *sympathises with the lowly*, it looks up to the Most High. [...] in an age of political materialism, of confused purposes and perplexed intelligence, *that aspires only to wealth* because it has no other accomplishment, as men rifle cargoes on the verge of shipwreck, Toryism will yet arise from the tomb over which Bolingbroke shed his last tear, to bring back strength to the Crown, liberty to the Subject, and to announce that power has only one duty - *to secure the social welfare of the PEOPLE*.⁵²

In der jüngeren britischen Geschichte von 1951 bis in die siebziger Jahre hinein ist besonders der sogenannte „Nachkriegskonsens“, von Konservativer Seite also die Akzeptanz der *mixed economy* und des *welfare state* in der Kontinuität des *one nation*-Konzeptes zu sehen. Harold Macmillan, Premier von 1957 bis 1963, hat diese Politik der von 1951 bis in die siebziger Jahre hinein seine Partei dominierenden Tories gar als eine Form von „paternal socialism“⁵³ bezeichnet.

III.2. Maggie and the *three nations* - Der Bruch mit dem Tory-Paternalismus

„There are now Three Nations, not Two, and the Thatcher Government has pampered not just the rich but even more that other, discreet Nation, the super-rich. The Three nations are the haves, the have nots, and the have lots.“⁵⁴

John Rentoul

Daß sich im Großbritannien der achtziger Jahre radikale soziale Umwälzungen vollzogen haben, ist nicht nur unter den Anhängern der Oppositionsparteien Konsens. Auch Repräsentanten der anglikanischen Kirche, traditionell eher der Konservativen Partei

⁵¹ Karl Rohe, Parteien und Parteiensystem, in: Kastendiek u.a. (Anm. 2), S. 216

⁵² Disraeli (Anm. 50), S. 330; *kursive* Hervorhebungen durch den Verfasser dieser Abhandlung (U.L.)

⁵³ zitiert nach: Josef Schmid, Thatcherismus und die Conservative Party. Ambivalenzen und Widersprüche der parteipolitischen Basis eines neokonservativen Modellfalls, in: Sturm (Anm. 9), S. 55

⁵⁴ John Rentoul, *The Rich Get Richer*, London 1987, zitiert nach: Riddell (Anm. 1), S. 154

nahestehend („the conservative party at prayer“)⁵⁵, haben ein zunehmendes Auseinanderfallen der britischen Gesellschaft ausgemacht:

„It is arguable that rich and poor, suburb and inner city, privileged and deprived, have been becoming more sharply separate from each other for many years, and that the impoverished minority has become increasingly cut off from the mainstream of our national life.“⁵⁶

Ungeachtet der Frage, ob alle sozial-ökonomischen Konsequenzen der thatcheristischen Politik auch ihr direktes, ursprüngliches Ziel gewesen sind, ist zu klären, welche Haltung zu den sozialen Brüchen Margaret Thatcher und andere Akteure ihrer Politik einnehmen.

Bezüglich der wachsenden Einkommensunterschiede hat Thatcher selbst bereits 1985 eine klare Position bezogen:

„You are not doing anything against the poor by seeing that top people are paid well.“⁵⁷

Das neue Denken der Konservativen unter Thatcher bringt besonders Sir Keith Joseph, gesellschaftstheoretischer Vordenker des Thatcherismus‘ und Industrie- und Bildungsminister in den achtziger Jahren, deutlich auf den Punkt, der stets explizit die Verbindung von Armut und Einschränkung der Freiheit bestritten hat. Freiheit wird in dieser Lesart lediglich als „Freiheit von“ (staatlicher Regulierung, staatlichen Eingriffen) begriffen; ein sozialstaatliches Verständnis im Sinne einer „Freiheit zu“, das zur Freiheit auch das Vorhandensein der zu ihrer Ausfüllung benötigten Ressourcen zählt, wird klar abgelehnt. Folglich wird auch jede Verpflichtung des Staates bestritten, den Reichtum einer Gesellschaft umzuverteilen.

Joseph geht schließlich sogar so weit, gesellschaftliche Ungleichheiten als notwendige Bedingung einer freien Wirtschaft zu postulieren:

„the working of a free economy depends upon differentials at every level“⁵⁸

Die beschriebenen sozialen Brüche (Teil II) im Großbritannien der achtziger Jahre *at every level* stellen in diesem Denken also geradezu eine begrüßenswerte, hervorragende Ausgangslage für eine florierende „freie“ Wirtschaft dar. Im Bezug auf die „Freiheit von“ ist allerdings zu beachten, daß von einem generellen *Rückzug* des Staates in den achtziger Jahren auch keineswegs die Rede sein kann. Zwar ist in großem Umfang eine steuerliche Entlastung der „Besserverdienenden“ erfolgt; gleichzeitig hat jedoch die Regierung Thatcher die Machtfülle der Zentralregierung sowohl gegenüber den Lokalregierungen als auch in früher nicht der

⁵⁵ Schmid (Anm. 53), S. 50

⁵⁶ Faith in the City, The Report of the Archbishop of Canterbury’s Commission on Urban Priority Areas, zitiert nach: Riddell (Anm. 1), S. 149

⁵⁷ zitiert nach: Riddell (Anm. 1), S. 151

⁵⁸ ebd., S. 150

direkten politischen Einflußnahme der Regierung unterworfenen Gesellschaftsbereichen deutlich ausgedehnt.

Analog zur theoretisch-ideologischen Abkehr vom traditionellen Tory-Paternalismus hat Margaret Thatcher zwei Jahre nach dem Wahlsieg 1979 auch eine personelle „Bereinigung“ des Konservativen Kabinetts vollzogen. Waren in ihrem ersten Kabinett anfangs noch zahlreiche Vertreter des paternalistischen Tory-Flügels (von Thatcher als „wets“ verachtet) - die sich übrigens durch die häufige demonstrative Berufung auf Disraeli und dessen *one nation* unbeliebt zu machen pflegten⁵⁹ - wie Lord Carrington, Willie Whitelaw und Francis Pym in zentralen Positionen berücksichtigt, so wurden ab 1981 immer mehr dieser *one-nation-tories* durch thatcheristische Gefolgsleute verdrängt.

Fiel die erste Kabinettsumbildung noch moderat aus - der prominente *wet* Verteidigungsminister Francis Pym wurde zum Parlamentspräsidenten weggelobt -, zeichnete sich später deutlicher die Stoßrichtung der Personalpolitik Thatchers ab:

„...September (1981), Mrs Thatcher achieved dominance over her Cabinet by the removal from it of some of her critics, like Sir Ian Gilmour, by exiling others away from its centre, like Mr James Prior, an by promoting the Cabinet allies like Nigel Lawson, Norman Tebbit and Cecil Parkinson. That marked the effective end of the traditional Tory ‘wet’ challenge to Mrs Thatcher.“⁶⁰

Parteiintern war Thatchers Position durch die Ablösung Lord Thorneycrofts durch Cecil Parkinson bereits im Juli 1981 gestärkt worden. Sukzessiv vollzog sich auch ein Bedeutungsverlust des parteieigenen „Research Departments“; im Gegenzug wuchs Keith Josephs neoliberalen „Centre for Policy Studies“ eine immer bedeutendere Rolle in der Konservativen Politikformulierung zu⁶¹.

Bei den personellen Umbesetzungen spielte sicherlich nicht zuletzt auch das Ziel eine Rolle, potentielle Konkurrenten auszuschalten; grundsätzlich hat Margaret Thatcher jedoch auch immer in erster Linie in *ideologischen* Abweichlern ihre innerparteilichen Gegenspieler gesehen.

Busch⁶² sieht die Konservative Partei seit der Ablösung Heaths durch Thatcher 1975 zunehmend von einer neuen hegemonialen Koalition aus autoritätsgläubigen, eine starke Regierung fordernden „traditional tories“ und freiem Wettbewerb sowie Disziplin verpflichteten „liberal whigs“ dominiert. Diese Gruppen existieren in der Konservativen Partei als Ausdifferenzierungen der eher kollektivistischen Tory- und der liberalen bis libertären Whig-Strömung keinesfalls erst seit Thatcher. Bis 1975 waren sie jedoch in der

⁵⁹ Blake (Anm. 19), S. 346

⁶⁰ Riddell (Anm. 1), S. 10

⁶¹ Blake (Anm. 19), S. 352f.

⁶² Ivor Crewe, Donald D. Searing, Ideological change in the British Conservative Party, in: American Political Science 82 (1988), No. 2, S. 361 - 384, hier dargestellt nach: Busch (Anm. 5), S. 50

Minderheit gegenüber der Nachkriegskoalition aus kollektivistischen „progressive Tories“ und „corporate whigs“.

Schließlich hat auch die Wählerkoalition der Konservativen einen Wandel vollzogen. Margaret Thatcher ist es gelungen, weit in die unteren Mittelschichten einzudringen. Für deren „Eroberung“ hat wohl insbesondere die Privatisierungspolitik eine zentrale mittel- bis langfristige Rolle gespielt. Teilweise wird dies sogar in dem Bild zugespitzt, die Konservativen hätten sich mittels der Privatisierung insbesondere der kommunalen Sozialwohnungen selbst ein neues treues Wählermilieu im Sinne eines *realignment* geschaffen. Waren 1979 bereits 52% der Briten Hausbesitzer, so wuchs ihr Anteil bis auf 68% im Jahre 1989⁶³.

Tatsächlich stellt aber wohl eher die Einschätzung, nicht die neuen Haus- und Wohnungseigentümer seien zu Wählern Thatchers geworden, sondern die Wähler der Konservativen seien zu Hauseigentümern geworden, ein angemesseneres Bild der Wirklichkeit dar. Das *right to buy* dürfte nur insofern zu den Wahlerfolgen der Konservativen beigetragen haben, als es ihre Anhängerschaft in hohem Maße auch zur tatsächlichen Stimmabgabe mobilisiert und vor einem Abdriften zur „Puffer“-Partei SLD bewahrt hat. Diese Mobilisierungsfunktion darf nicht unterschätzt werden; insbesondere die Labour Party besaß in den achtziger Jahren eine nach wie vor große und relativ stabile Anhängerschaft, die aber nicht mehr, wie noch in den sechziger Jahren, verlässliche tatsächliche Wähler waren.

III.3. *One nation Labour?*

„A nation reborn. Prosperous, secure, united. One Britain.“

Tony Blair, Labour-Vorsitzender am 3. Oktober 1995 auf der Parteikonferenz in Brighton

„And we are the party of all the people. *One nation Labour*.”

The party that speaks for the whole country. That will govern for the whole country.“⁶⁴

John Prescott, Deputy Leader der Labour Party am 6. Oktober 1995 am gleichen Ort

In zunehmendem Maße scheint das früher klar den Tories zugeordnete Motiv der *one nation* nun von der Labour Party in Anspruch genommen zu werden. So begründete der konservative Parlamentarier Alan Howarth seinen Übertritt zur Labour Party am 7. Oktober 1995 mit der Feststellung, daß sich in der konservativen Ideologie eine wachsende Rücksichtslosigkeit breitmache,

⁶³ Setzer (Anm. 10), S. 345

⁶⁴ Die Reden Tony Blairs und John Prescotts sind den Internet-Seiten der Labour Party entnommen: <http://www.labour.org.uk/speeches/blaireng.htm> bzw. <http://www.labour.org.uk/speeches/prescott.htm>; *kursive* Hervorhebungen durch den Verfasser dieser Abhandlung (U.L.)

„der jüngste Ausdruck eines alten Phänomens in unserem nationalen Leben: Gleichgültigkeit derer, denen es gut geht, gegenüber den Armen, die sich dann steigert zur Angst vor den Armen, die sich schließlich aus gibt als moralische Überlegenheit.“⁶⁵

Hier scheint bereits das Bild einer entzweiten Gesellschaft durch. Howarths Kritik, die Konservativen bewegten sich immer weiter nach rechts, wird angeblich von einer Gruppe von 30 bis 40 Mitglieder der Konservativen Partei im Unterhaus geteilt⁶⁶, so z.B. auch von dem ausscheidenden Abgeordneten George Waldon⁶⁷.

Der Stellvertreter des Labour-Vorsitzenden Tony Blair, John Prescott hatte - bereits im Wissen um den unmittelbar bevorstehenden Übertritt Howarths⁶⁸ - zum Schluß der Labour-Parteikonferenz in Brighton im Herbst 1995 eine eindeutige Einladung an die Anhänger des *one nation*-Gedankens formuliert:

„And I say to all those who voted Tory, or Liberal, or Nationalist last time.
If you think this Government has betrayed our country.
Come and join us.
One nation Labour.“

Der Labour-Vorsitzende Tony Blair hat in seiner programmatischen Rede am gleichen Ort eindeutig an die mit dem Strategem der *one nation* verbundenen Grundeinstellungen appelliert. Auch wenn er nicht explizit von der „*one nation*“ spricht, so enthält seine Programmatik jedoch die damit verbundenen Vorstellungen; innergesellschaftliche Einigkeit wird als Grundwert der künftigen Labour-Politik proklamiert:

„A new spirit in the *nation*. Working together. Unity. Solidarity. Partnership. *One Britain*.“

Diese Gemeinschaftswerte sind Blair zufolge Basis und Weg zum Zusammenhalt innerhalb einer Nation:

„That is the *patriotism* for the future. Where never again do we fight our politics by appealing to one section of *our nation* at the expense of another. Where your child in distress is my child, your parent ill and in pain, is my parent, your friend unemployed or helpless, my friend, your neighbour my neighbour. That is the *true patriotism of a nation*.
...I love my country“

An die Stelle der Disrealischen *one nation* tritt bei Blair die Formel des „*one Britain*“. Disraelis Vision des „*young england*“ taucht in Blairs Rede abgewandelt als „*young country*“

⁶⁵ Ein Schock vor Beginn des Parteitages. Der konservative Abgeordnete Howarth wechselt zur Labour Party, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 9. Oktober 1995

⁶⁶ Bernhard Heimrich, Die Rechten wissen, was einen Tory-Parteitag zum Trampeln bringt, in: FAZ, 13. Oktober 1995

⁶⁷ Dennis Kavanagh, British Party Conferences and the Political Rhetoric of the 1990s, in: GOVERNMENT AND OPPOSITION vol. 4/95, S. 33

⁶⁸ siehe Anm. 65

gleich 15 mal auf. So wie Disraeli 1845, kritisiert auch Blair 1995 eine sich vertiefende Spaltung Großbritanniens („society divided“) in zwei Gruppen, Gewinner und Verlierer von sechzehn Jahren Konservativer Regierung. Nur eine geeinte Gesellschaft sei in der Lage, sich als Nation zu definieren:

„Because it has left us for far too long defining ourselves as a nation, not by what unites us, but by what *divides* us. A class system unequal and antiquated. A social fabric *tattered and torn*. A politics where dogma drives out common sense. Even an education system where one part of the nation is taught *apart* from the other. And where if we do not change course, we will have *two classes* of health service, *two classes* of state schools, *two Britains*, one on welfare, another paying for it.“

Die Vertretung einer modernen Form der „einen Nation“ reklamiert er für die Labour Party. Neben dem Gedanken der *unity* umfaßt dieser Anspruch jedoch ausdrücklich auch Disrealis Postulat des Patriotismus. Auch unter diesem Aspekt sei Labour den Konservativen heute grundsätzlich überlegen:

„So let us say with pride. We are patriots. This is the patriotic party. Because it is the party of the people.

...I know what the people want to say to those Tories: It is no good waving the fabric of our flag when you have spent 16 years *tearing apart* the fabric of the nation. *Tearing apart* the bonds that tie communities together and make us a united Kingdom.“

Anklänge an christliche Legitimationsmuster staatlicher Sozialpolitik, traditionell eher theoretische Anknüpfungspunkte für konservative bzw. christdemokratische Parteien, beansprucht Blair ebenfalls überdeutlich für sich:

„I am my brother's keeper.“

Bemerkenswert erscheint darüber hinaus, daß Blair, wie traditionell fast alle prominenten *one-nation-tories* (und damit im Gegensatz zu den von der Mittelschicht bestimmten Thatcheristen!), aus der ansonsten auch parteipolitisch Konservativen „alten Elite“⁶⁹ des Landes stammt; Blairs Vater Leo war bis zum 95er Labour-Kongreß Vorsitzender der Konservativen Parteiorganisation in Durham⁷⁰. Gerade diese alte Elite ist jedoch der *one nation*-Strategie zufolge darauf angewiesen und darauf aus, eine Verbindung mit der „working class“ einzugehen.

⁶⁹ Bernhard Heimrich, Jugendstil, in: FAZ 5. Oktober 1995

⁷⁰ ders., Statt eines kühnen Rots eine unentschlossene Lachsfarbe, in: FAZ, 6. Oktober 1995

IV. Thatcherismus und die Zeit danach: Ein Rückblick, ein Ausblick

Als Margaret Thatcher 1979 im Anschluß an den für Labour verheerenden „winter of discontent“ das gegenüber dem anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang des Landes und den schier allmächtig erscheinenden Gewerkschaften vermeintlich machtlose Labour-Kabinetts James Callaghans ablöste, war dies für die Durchsetzung der thatcheristischen „Konterrevolution“ (Riddell) nur die halbe Miete. Der zweite Schritt, der den konsequenten Bruch mit dem Nachkriegskonsens erst möglich machte, fand erst in Thatchers Amtszeit seinen Abschluß.

Es war jedoch *nicht* in erster Linie das Labour-Fiasko bei den Unterhauswahlen von 1983, das der „eisernen Lady“ freie Bahn verschaffte. Entscheidend war vielmehr, daß es Thatcher gelang, sowohl in der britischen Öffentlichkeit als auch in ihrer eigenen Partei eine hegemoniefähige Koalition zu schmieden, die ihr über fast ein Jahrzehnt ein stabiles politisches Fundament garantieren sollte.

Die Erringung der innerparteilichen Hegemonie Thatchers und der sie stützenden Koalition aus traditionellen Tories und liberalen Whigs, die das für den konservativen Paternalismus, gar einen „paternalistischen Sozialismus“ stehende Bündnis aus progressiven Tories und korporatistischen Whigs in die (relative!) Minderheit gedrängt hatte, war ein überaus langwieriger Prozeß. Als Margaret Thatcher 1975 Edward Heath, den doppelten Verlierer von '74, ablöste, war dies noch keineswegs als Auftrag zum strategisch-ideologischem Kurswechsel aufgefaßt worden. Die Wende zum Neoliberalismus vollzog sich erst sukzessive in den folgenden Jahren. Der stetige Bedeutungszuwachs neoliberaler think-tanks unter Thatcher-Gefolgsleuten wie Keith Joseph und, zwei Jahre nach dem Wahlsieg, die weitgehende Entmachtung der *one-nation-tories* im Kabinetts sind zwei der wichtigsten Etappen der *internen* „Revolution der Konservativen“⁷¹.

Nach „außen“ war die Erringung der Dominanz in den Mittelschichten, insbesondere in der unteren Mittelschicht der entscheidende Durchbruch für die neue gesellschaftlich-politische Koalition des Thatcherismus. Ihr einigendes Band bildete die Überzeugung, die einzig wirklich produktive Schicht zu bilden; damit unterscheidet man sich sowohl von der dekadenten Oberschicht - die Klasse der *one nation*-Tories! - sowie der arbeitsunwilligen Unterschicht - des Labour-Stammklientels⁷².

Auf dieser politisch-gesellschaftlichen Grundlage suchte Margaret Thatcher ab 1979 ein Programm zu verwirklichen, daß sich *ökonomisch* an Angebotstheoretikern wie Friedrich August von Hayek und dem Monetarismus eines Milton Friedman orientierte. Im Rückblick zeigt sich, daß im Laufe der Jahre eindeutig die angebotstheoretische Seite dominierte. Die Friedmansche Geldmengensteuerung schlug auf der ganzen Linie fehl: die angestrebten Geld-

⁷¹ Noetzel (Anm. 33)

⁷² ebd., Kap. 1

mengenziele wurde fast ausnahmslos verfehlt; die durch die massiven Steuersenkungen für hohe Einkommen bedingten Mindereinnahmen ließen sich zwar lange Zeit durch die Erlöse der Privatisierungen, das „selling the family silver“⁷³ kaschieren, können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine strukturelle Haushaltskonsolidierung ausblieb.

Möglicherweise offenbart die ökonomische Entwicklung im Großbritannien der achtziger Jahre damit ein grundsätzliches wirtschaftspolitisches Problem neoliberaler Ansätze: Den Zielkonflikt zwischen von Angebotstheoretikern postulierten Steuersenkungen und von Monetaristen angemahnter Sparsamkeit.

Institutionell ist der Thatcherismus durch einen radikalen Wechsel des Regierungsstils gekennzeichnet. Margaret Thatcher hat dem jahrzehntelang das politische Geschehen Großbritanniens dominierenden konsensorientierten Verhandlungsmodell ein Ende gesetzt. An die Stelle der langwierigen Kompromißsuche mit Sozialpartnern und Kommunen ist die entschlossene Verrechtlichung des gesellschaftlichen Lebens getreten. Dieses Phänomen manifestiert sich nicht allein im Abschied vom „free collective bargaining“⁷⁴ in der Wirtschaft, sondern auch in der zunehmenden Maßriegelung der Kommunen, wie sie sich in den Gemeindesteuerreformen und den ausgeweiteten Eingriffen in früher kommunale Aufgaben wie Bildung und Erziehung sowie Wohnungs- und Städtebau ausdrückt.

Der Bruch mit dem *one nation*-Toryismus vollzog sich nicht allein personell, sondern ist auch am realen output des Regierungshandelns abzulesen. Kein Nachkriegspremier hat die die britische Gesellschaft prägenden Gegensätze in dem Maße verschärft wie Margaret Thatcher. So hat sich die Arbeitslosigkeit in ihren ersten beiden Regierungsjahren glatt verdoppelt, eine auch im internationalen Vergleich verheerende Bilanz, die jedem Vorgänger wohl mit Sicherheit politisch das Genick gebrochen hätte. Entwickelten in der Nachkriegszeit Wahlforscher die Faustformel, jeder neue Arbeitslose koste den Regierenden 26 Wählerstimmen⁷⁵, so ist es Thatcher offenbar nachhaltig gelungen, die früher als selbstverständlich erachtete politische Haftbarkeit einer Regierung für die Beschäftigungssituation aus dem Wählerbewußtsein zu tilgen. - Übrigens: Gemessen an obiger Formel hätten die Konservativen 1983 keine einzige Stimme mehr bekommen.

Von den sozialen Umbrüchen überdurchschnittlich betroffen sind die traditionell ohnehin schwächer strukturierten Landesteile wie der Norden und Schottland. Diese Regionen haben ein doppeltes „Ausbluten“ hinnehmen müssen. So ist nicht nur ihre Bevölkerungszahl in den achtziger Jahren geschrumpft; zu den Abwanderern zählen insbesondere gut ausgebildete junge Leute mit guten Perspektiven, sich in der verschärften Konkurrenz des thatcheristischen

⁷³ so der ehemalige Premierminister Harold Macmillan, zitiert nach: Heidrun Abromeit, Entwicklungslinien im Verhältnis von Staat und Wirtschaft, in: Kastendiek u.a. (Anm. 2), S. 306

⁷⁴ Hans Kastendiek, Vom Nachkriegskonsens zum Thatcherismus, in: Großbritannien (Anm. 13), S. 106

⁷⁵ Goodhart/Bhansali, Political economy, zit. nach: David Butler, British general elections since 1945, Oxford 1989, S. 67

Großbritanniens behaupten zu können. Darüber hinaus hat hier aber auch die Beschäftigung einen über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt liegenden Rückgang erfahren.

Paradox erscheint angesichts der für die britische Nachkriegsgeschichte außergewöhnlich langen Amtszeit Thatchers, daß zentrale Inhalte ihrer Politik von der Bevölkerung klar abgelehnt wurden und werden. So präsentierten sich die Briten in einer gesellschaftspolitischen Studie 1989 im internationalen Vergleich als überzeugte Anhänger des Wohlfahrtsstaates. Mit dem voluminösen sozialpolitischen Aufgabenkatalog, den sie ihrer Regierung dabei zumaßen, können nur die traditionell als sozialstaatsgläubig verschrienen Italiener mithalten. Von einer interventionismusskeptischen Grundeinstellung, wie sie z.B. US-Amerikaner erkennen lassen, sind die Briten meilenweit entfernt. Die Regierung „sollte mehr für die Wohlfahrt der ganz Armen ausgeben, selbst wenn das zu höheren Steuern führt“, befanden 1987, im Jahr des dritten Konservativen Wahlsieges in Folge, 55% der Briten⁷⁶.

Diese *issue*-bezogene Minderheitsposition Thatchers führte jedoch erst 1989/90 zum entscheidenden Ansehensverlust der Regierung. Mit der Einführung der *poll tax* zog Thatcher gleich an zwei Fronten den Volkszorn auf sich. So trieb sie zum einen die Entmachtung der Kommunen auf die Spitze; zum anderen versuchte sie ein Steuersystem durchzusetzen, daß eine endgültige Absage an den Umverteilungsstaat markieren sollte. Angesichts der massiven, auch gewalttätigen Proteste fürchteten die Konservativen nicht zu Unrecht, daß sich die Premierministerin diesmal mit zu vielen Bevölkerungsgruppen angelegt hatte; im November 1990 gab Margaret Thatcher dem Unmut in ihrer Fraktion daraufhin nach und trat zurück. Nicht jedoch ihr eher paternalistischer Kontrahent Heseltine wurde neuer Premier, sondern Schatzkanzler Major; offenbar ein Signal, daß es zu keinem radikalen Bruch mit dem Thatcherismus kommen sollte.

Die zaghaften Anzeichen einer Mäßigung der Konservativen Politik, die Thatchers Nachfolger dennoch zu Beginn der neunziger Jahre erkennen ließ, sind nach dem erfolgreichen Wahlkampf 1992, spätestens jedoch mit dem Parteikongreß 1995 vom thatcheristischen Flügel der Konservativen gründlich „ausgemerzt“ worden. Rezipierte Riddell⁷⁷ den 94er Kongreß noch als Bestätigung eines moderaten Kurses, so bestimmen seit 1995 wieder eindeutig erklärte Thatcheristen den ideologischen Mainstream der Konservativen Partei. Alle Zweifel am Beibehalten des thatcheristischen Kurses, wie sie nach Amtsantritt Majors kurzzeitig aufkamen, sind in Blackpool von thatcheristischen Jungtürken wie Michael Portillo und John Redwood geradezu hinweggefegt worden. Auch Major selbst hat die thatcheristische Wirtschaftsprogrammatische wieder aufgegriffen. Ziel sei ein *Niedrigsteuerland* Großbritannien;

⁷⁶ British Social Attitudes, zitiert nach: Arthur Marwick, Mentalitätsstrukturen und soziokulturelle Kastendiek u.a. (Anm. 2), S. 121

⁷⁷ siehe Kavanagh (Anm. 67), S. 29

es sei „rücksichtslos zu sparen“, besonders im Wohlfahrtssystem, um wieder Steuern senken zu können, u.a. Einkommens-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuern⁷⁸.

Nicht zuletzt durch diese anhaltende politische Unbeweglichkeit der Konservativen hat sich der „neuen“ Labour Party unter ihrem seit Juli 1994 amtierenden Vorsitzenden Tony Blair die realistische Chance eröffnet, die politische Mitte und in ihr beheimatete Wähler für sich zu vereinnahmen.

Blair hat die von seinen Vorgängern Kinnock und Smith eingeleitete „Modernisierung“ Labours forciert. So wurde mit der schrittweisen organisatorischen Entflechtung von Partei und Gewerkschaften der Furcht vieler Briten Rechnung getragen, Labour könnte in der Regierung wieder wie anno 1978 zur Geisel übermächtiger Gewerkschaften bzw. - wie in der Opposition - der „loony left“ werden.

In der Wirtschaftsprogrammatische zeigt sich, daß der Thatcherismus das Paradigma der politischen Diskussion in Großbritannien nachhaltig hat verschieben können. Blairs Labour hat die kurzzeitige Radikalisierung vom Beginn der achtziger Jahre weit hinter sich gelassen und sich, mit Ausnahme von British Railway, von jedweden Renationalisierungsbestrebungen verabschiedet. Blairs explizite Ablehnung, „in der Inflation Risiken einzugehen“⁷⁹, deutet auf eine entschiedene Trennung New Labours vom Nachkriegskeynesianismus hin.

Ein Blick auf Entstehungsgeschichte und geistige Wurzeln der Labour Party läßt Blairs vordergründig als Anpassungsstrategie erscheinenden Kurs jedoch in anderem Licht erscheinen. So ist die britische Arbeiterpartei seit jeher in stärkerem Maße als die kontinentale Sozialdemokratie in einer Haltung des ethischen (im Gegensatz zum marxistisch-materialistischen), nicht über *Verstaatlichung*, sondern über *Grundwerte* definierten Sozialismus verwurzelt, wie ihn etwa die *Fabian Society* propagierte und ihn Neil Kinnock und sein damaliger Stellvertreter Roy Hattersley 1988 wieder aufgriffen⁸⁰. So bekennt sich Blair ausdrücklich zur Verbindung von sozialistischem und christlichem Gedankengut:

„People always say about the Labour Party that it owes much more to Methodism than to Marx. That’s entirely true“⁸¹

- Bezeichnenderweise wird Labour traditionell, wie auch die Konservative Partei, als „broad church“ verstanden, die eine weites Spektrum politischer Überzeugungen in sich vereint; mit dem Modell einer reinen Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist dieser Gedanke nicht zu vereinen.

⁷⁸ Der Blick der britischen Konservativen geht über Europa hinaus, FAZ 11. Oktober 1995; Major gegen föderales Europa, FAZ, 14. Oktober 1995

⁷⁹ siehe Anm. 64

⁸⁰ so u.a. in ihrer Programmvorlage „Aims and Values“, in: André Kaiser, Das britische Parteiensystem, in: Großbritannien (Anm. 13), S. 63

⁸¹ Michael Elliott, What’s left?, in: Newsweek, 10. Oktober.1994, S. 12 - 19, hierin: Daniel Pedersen, Is There A ‚There‘ In Blair?, S. 19

Teilweise werden Blair und die von ihm demonstrativ reklamierten, mit der *one nation*-Idee verbundenen Werte (Einheit, Partnerschaft, Solidarität) inzwischen auch in die Nähe der amerikanischen Bewegung der die hohe Bedeutung von *Gemeinschaft* und *Werten* für ein „gutes Leben“ betonenden Kommunitaristen wie Amitai Etzioni gerückt⁸².

Somit kann Blairs Hinwendung zur politischen Mitte vielleicht sogar als eine *Rückkehr* zu Labours Wurzeln, einem idealistisch geprägten Sozialismus interpretiert werden. Vor dem Hintergrund, daß dies die Konstellation ist, die historisch gesehen auch Labours Aufstieg ermöglicht hat, und in Anbetracht eines seit über zwei Jahren stabilen Umfragevorsprungs der Labour Party von 25 bis 30 Prozentpunkten⁸³ erscheint deren Regierungsübernahme im Vereinigten Königreich bei den spätestens im April 1997 anstehenden *general elections*, angesichts absehbarer weiterer Mandatsverluste der Konservativen Partei im Unterhaus möglicherweise sogar früher, immer wahrscheinlicher.

Sollten sich die Konservativen jedoch, wie schon 1983 und 1992 nach Rekordtiefs in Umfragen, ein fünftes Mal in Folge durchsetzen, so dürfte sich die bereits nach Majors überraschendem Wahlerfolg 1992 aufgekommene These von der „Japanisierung“ des britischen Parteiensystems, der Ablösung des Zweiparteiensystems durch ein Mehrparteiensystem mit einer strukturellen Hegemonialpartei, *innerhalb* derer sich dann die faktische Willensbildung vollzöge⁸⁴, erhärten. An der Realisierung des vor Jahren von Margaret Thatcher anvisierten Ziels könnte dann kaum noch Zweifel bestehen:

„to get rid of socialism as a second force in British politics“.⁸⁵

⁸² ebd.

⁸³ Die SUNDAY TIMES sah Labour nach den beiden Parteitagungen im Oktober 1995 bei 56%, die Konservativen bei 26% (Juli: 54:27; August: 54:27; September: 52:27)

⁸⁴ Rohe (Anm. 51), S. 225

⁸⁵ Riddell (Anm. 1), S. 12